

Ohne Hürden von der Schule in den Beruf

Jahresforum der „Weinheimer Initiative“

es. KREIS OFFENBACH. Niemand soll zurückbleiben, denn jeder wird gebraucht: Diesem Anspruch sehen sich die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft „Weinheimer Initiative“ gerade beim Übergang von der Schule ins Berufsleben verpflichtet. Für etliche Schulabgänger stelle der Einstieg ins Berufsleben eine zu hohe Hürde dar. Nach den Worten des Weinheimer Oberbürgermeisters Heiner Bernhard (SPD), der auch Sprecher der Arbeitsgemeinschaft ist, gilt es, den Blick auf diejenigen zu richten, bei denen die Gefahr bestehe, dass sie ausgegrenzt blieben, um sie zurückzuzuhlen.

Der 2007 gegründeten „Weinheimer Initiative“ gehören mehr als 20 Städte und Landkreise an, darunter der Kreis Offenbach und die Stadt Rodgau. Die Arbeitsgemeinschaft setzt sich für eine kommunale Koordinierung beim Gestalten der Übergänge von der Schule in die Arbeitswelt ein. Wenn ein guter Einstieg in Ausbildung, Studium und Arbeit gelingen soll, ist kommunales Engagement nach Ansicht des Sozialwissenschaftlers Wilfried Kruse unverzichtbar. Kruse ist auch Koordinator der Initiative. Im Kreishaus in Dietzenbach begann gestern das sechste Jahresforum der Arbeitsgemeinschaft, an dem etwa 120 Bildungsexperten aus Verwaltung, Politik und Wissenschaft teilnehmen. Es wird heute an der Georg-Büchner-Schule, einer kooperativen Gesamtschule, in Rodgau fortgesetzt. Auch Vertreter von Städten aus der Tschechischen und der Slowakischen Republik, aus Griechenland und Spanien sind dabei. Vorgesehen ist, eine Arbeitsgruppe Bildungsaktiver Mittelstädte zu gründen.

Das Thema des Übergangs von der Schule zur Arbeitswelt sei lange Zeit auf die großen Städte fokussiert gewesen, sagte Bernhard. Die meisten Menschen lebten jedoch in Kreisen und kleineren Städten. Notwendig sei eine Kooperation von Kreisen und bildungsaktiven Mittelstädten. Der Rodgauer Erste Stadtrat Michael Schüßler (FDP) sprach sich dafür aus, dort anzusetzen, wo bei den Bürgern der „größte Identifikationsgrad“ bestehe; das sei in der Kommune. Georg Horcher, Leiter des Fachdienstes Jugend, Familie und Soziales des Kreises Offenbach, wies auf viele parallel laufende Programme mit ähnlichem Ziel hin. Der Kreis müsse ein Netzwerk organisieren und die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure koordinieren.

In einer „Kreis Offenbacher Erklärung“ zum sechsten Jahresforum, die den Titel „Teilhabe, Übergang Schule – Arbeitswelt und Kommunale Koordinierung“ trägt, heißt es, gerade beim Übergang Schule – Arbeitswelt müssten sich die Städte und Kreise den Herausforderungen von Teilhabe noch stärker zuwenden. Immer spürbarer werde aber, dass sie dafür nicht ausreichend ausgestattet seien. Dies führe auf Sicht „zu einer Gefährdung von Teilhabe und sozialer Integration und damit zur Gefährdung des sozialen Friedens“. Dies verschärfe sich, wenn die Kommunalaufsicht die kommunalen Pflichtenaufgaben eng definiere und damit reglementierend in die dringenden Aufgaben der Kommunen eingreife. Schüßler wies darauf hin, die Stadt Rodgau sehe es als selbstverständlich an, Sprachkurse für Flüchtlinge anzubieten, um ihnen auf diese Weise Teilhabe zu ermöglichen.